

II-3762 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1940 1J

1991 -11- 13

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend fragwürdige Förderungen im Rahmen der Aktion 8000

Im Rahmen der Aktion 8000 werden in Oberösterreich auch der "Jugendzentrumsverband" sowie der "Jugendzentrumsförderungsverein" mitgestützt. Obwohl ausdrücklich festgelegt ist, daß politischen Parteien und Interessensverbänden der direkte Zugriff auf die Aktionsgelder dem Gesetz nach verwehrt ist, ist es in Oberösterreich ein offenes Geheimnis, daß der Jugendzentrumsverband personell und organisatorisch von der SPÖ und der Jugendzentrumsförderungsverein von der ÖVP Oberösterreich nicht zu trennen ist. In beiden Fällen werden die beiden Vereine von den Jugendorganisationen der Parteien und von deren Funktionären geführt. Damit wird die Untersagung des Zugriffs von politischen Parteien und Interessensverbänden auf die Aktionsgelder umgangen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wieviele Personen waren von den Jahren 1986 bis 1991 beim Linzer Jugendzentrumsverband im Rahmen der Aktion 8000 in den einzelnen Jahren und unter Namensnennung jeweils beschäftigt?
2. Wieviele Personen waren beim Linzer Jugendzentrumsförderungsverein von 1986 bis 1991 in den einzelnen Jahren namentlich jeweils beschäftigt?
3. Wie hoch ist die Gesamtsumme, die vom Ministerium im Rahmen der Aktion 8000 seit 1986 einerseits an den Jugendzentrumsverband und andererseits an den Jugendzentrumsförderungsverein ausbezahlt wurden?
4. War der derzeitige Sekretär des Sozialministers, Herbert Buchinger, in seiner bisherigen Beschäftigung im Linzer Arbeitsamt für die Prüfung der Förderungswürdigkeit von Projekten zur Arbeitsmarktbelegung verantwortlich?

5. Inwieweit sieht der Minister darin eine Unvereinbarkeit, daß Buchinger's Bruder damals Obmann des Jugendzentrumsverbandes gewesen ist?
6. Sieht der Sozialminister im vorliegenden Fall eine Umgehung des Verbots des Zugriffs von politischen Parteien und Interessensverbänden auf die Aktionsgelder?
7. Wenn ja, welche Konsequenzen werden vom Minister daraus gezogen?
8. Sind dem Minister weitere Fälle bekannt, in denen durch eine pro forma Vereinsgründung Parteiteilbereiche von ÖVP und FPÖ sich den Zugriff auf öffentliche Förderungsgelder im Rahmen der Aktion 8000 sichern?
Welche Schritte unternimmt der Sozialminister, um einen derartigen Mißbrauch in Zukunft generell abzustellen?